

<b>Vorlage Nr. V 1/2015</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>Ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

### **Modellvorhaben "InSpo - Inklusion im Sport" Besetzung der Stelle des öffentlichen Dienstes in Bremerhaven**

#### **A Problem**

Schwerbehinderte Menschen mit akademischer Ausbildung profitieren immer noch zu wenig vom wirtschaftlichen Aufschwung. Während die Gesamtzahl der Arbeitslosen von 2010 bis 2012 deutlich zurückgegangen ist, war bei der Anzahl der arbeitslosen schwerbehinderten Akademiker eine Steigerung von rd. 15 % zu verzeichnen.

Die Teilhabe schwerbehinderter Menschen mit akademischer Ausbildung am Arbeitsleben sollte deshalb besonders gefördert und unterstützt werden.

Zugleich ist festzustellen, dass das bestehende Freizeitsportangebot für behinderte Menschen ausbaufähig ist.

Vor diesem Hintergrund hat die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 26.11.2013 das Projekt „Inklusion im Sport“ (InSpo) beschlossen (siehe als Anlage beigefügte Deputationsvorlage), um die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Akademiker/innen im Bereich Sport zu verbessern. Dieses Projekt sieht die Einrichtung von entsprechenden Stellen im Bereich des öffentlichen Dienstes und bei Sportvereinen vor, die dann miteinander kooperieren, um das Projektziel zu erreichen.

Neben der Finanzierung, unter anderem mit Mitteln der Ausgleichsabgabe, sollen für die Vereine Mittel bei der Aktion Mensch eingeworben werden. Dieses Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, so dass der Zeitpunkt des Projektbeginns noch nicht absehbar ist.

Gleichwohl sind die Voraussetzungen für die Besetzung der Stelle im öffentlichen Dienst zu schaffen, damit auf dieser Ebene bei Projektbeginn Handlungsfähigkeit besteht.

§ 9 Abs. 2 der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 führt hierzu aus, dass „neue fakultative Aufgaben mit personellen Auswirkungen, deren Finanzierung sichergestellt ist und die nicht durch den Stellenplan abgedeckt sind, einer Genehmigung durch den Magistrat nach vorheriger Beschlussfassung im jeweiligen Fachausschuss und im Personal- und Organisationsausschuss bedürfen.“

## **B Lösung**

Im Rahmen des Modellprojektes ist vorgesehen, dass von den in der Kalkulation erfassten Stellen unter anderem eine Stelle im öffentlichen Dienst der Stadt Bremerhaven (Entgeltgruppe 13 des zugrunde zu legenden Tarifvertrages) eingerichtet wird.

Für die Arbeitnehmer/innen ist eine Förderung der Lohnkosten über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren vorgesehen. Eingliederungszuschüsse der zuständigen Agentur für Arbeit oder anderer Träger werden dabei, soweit erforderlich, mit Mitteln aus der Ausgleichsabgabe aufgestockt. Der Lohnkostenzuschuss soll für Arbeitgeber des öffentlichen Bereichs 70 % betragen.

Davon ausgehend, dass ein Personalkostenbudget von 60.000,- € pro Beschäftigungsjahr anfällt und der Eigenanteil des Arbeitsgebers 30 % beträgt, müssen pro Beschäftigungsjahr 18.000,- € zur Verfügung gestellt werden.

Den Vorgaben der Haushaltssatzung entsprechend ist hierfür die Beschlussfassung der zu beteiligenden Fachausschüsse einzuholen.

## **C Alternativen**

Keine.

## **D Finanzielle/Personalwirtschaftliche/Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen/Genderprüfung**

Im Rahmen der Finanzierung werden 70 % Drittmittel (Ausgleichsabgabe sowie Förderleistung der Agentur für Arbeit) gezahlt.

Bei einem Eigenanteil der zu tragenden Personalkosten von 30 % für den städtischen Haushalt beträgt der Anteil 18.000 € pro Beschäftigungsjahr. Dieser Betrag ist zu 50 % aus dem Budget/den Rücklagenmitteln des Amtes für Menschen mit Behinderung zu tragen. Die weiteren 50 % werden aus zentralen Mitteln des Personalamtes finanziert.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen liegen nicht vor.

Es wird sichergestellt, dass die Ausschreibung gleichermaßen für weibliche sowie männliche arbeitslose schwerbehinderte Menschen mit akademischer Ausbildung erfolgt.

## **E Beteiligung/Abstimmung**

Das Amt für Versorgung und Integration Bremen, das Amt für Sport und Freizeit, die Magistratskanzlei sowie das Personalamt wurden beteiligt.

## **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt zu gegebener Zeit durch das Dezernat V.  
Eine Veröffentlichung im Sinne des BremIFG wird sichergestellt.

## **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung beschließt im Rahmen der Umsetzung des Modellvorhabens „InSpo - Inklusion im Sport“ eine Stelle im öffentlichen Dienst zu besetzen und bittet den Personal- und Organisationsausschuss für diese Aufgaben einen überplanmäßig anerkannten Bedarf in Höhe einer Vollzeitstelle für die Dauer der Maßnahme (Förderzeitraum) zu beschließen.

*gez. Uwe Parpart*

Uwe Parpart  
Stadtrat

*gez. Torsten Neuhoff*

Torsten Neuhoff  
Stadtrat